

**Geschäftsführung  
Ausschuss für Verkehr**

Es informiert Sie	Runa Freiter
Telefon (0202)	563 - 4159
Fax (0202)	563 - 8050
E-Mail	verkehrsausschuss@stadt.wuppertal.de
Datum	29.06.10

---

**Niederschrift**

**über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Verkehr (SI/0589/10) am 23.06.2010**

Anwesend sind:

**Vorsitz**

Herr Andreas Weigel ,

**von der CDU-Fraktion**

Herr Heinrich Bieringer , Herr Hans-Jörg Herhausen , Frau Anja Vesper-Pottkamp ,  
Herr Kurt-Joachim Wolfgang ,

**von der SPD-Fraktion**

Herr Volker Dittgen , Herr Guido Gehrenbeck , Herr Detlef-Roderich Roß ,

**von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Frau Bettina Brücher , Frau Anja Liebert ,

**von der FDP-Fraktion**

Herr Ralf Otto Jacob ,

**von der Fraktion DIE LINKE**

Herr Peter Helbig ,

**von der WfW-Fraktion**

Herr Heribert Stenzel ,

**als sachkundige Einwohner/in**

Herr Ralf Engel , Herr Dr.Ing. Peter Hoffmann , Herr Lorenz Hoffmann-Gaubig ,

## von der Verwaltung

Herr Rolf Bronold , Herr Volker Klöpfer , Herr Martin Lorenz, Herr Beig. Frank Meyer,  
Frau Hannelore Reichl, Herr Uwe Seidel, Frau Anja Süther

## Gäste

Herr Lützler und Herr Bange (Landesbetrieb Straßen NRW)  
Frau Christa Kühme (Bezirksbürgermeisterin BV Elberfeld-West)  
Herr Melneczuk (WZ)

## Schriftführerin

Frau Runa Freiter

Beginn: 16:00 Uhr  
Ende: 17:35 Uhr

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder, Verwaltungsvertreter, die Herren Lützler und Bange vom Landesbetrieb Straßen NRW, die Presse und die zu Top 1 erschienenen Gäste.

Er erzielt Einvernehmen über die Erweiterung der Tagesordnung:

- zu Top 10 liegt bereits die Antwort der Verwaltung vor und wird als Top 10.1 beraten
- Top 15.4 Verlegung der Reisebushaltestelle : der vorgesehene mündliche Bericht entfällt, da eine Verwaltungsvorlage erstellt wurde. Sie wird als Top 15 eingefügt.
- der Top Verschiedenes wird dadurch zu Punkt 16. Er wird ergänzt um eine Information der Verwaltung zu den Tunneln Burgholz und Hahnerberg (Top 16.4)

Herr Dittgen (Sprecher SPD) beantragt Top 10 zusammen mit Top 1 zu verhandeln. Dem wird mit Einverständnis Herrn Lützlers zugestimmt.

## **I. Öffentlicher Teil**

### **1 Lärmschutz A 46**

#### **- Berichterstattung Landesbetrieb Straßen NRW -**

Der Vorsitzende bittet – abschließend für diese Legislaturperiode – um einen aktuellen Bericht und Klärung der anstehenden Fragestellungen.

Herr Lützler, Leiter des Planungs- und Baucenters Ruhr in Essen, stellt sich und Herrn Bange ( Experte für Lärmschutz) vor. Zur Organisation des Landesbetriebes erläutert er die dreigeteilte Zuständigkeitsregelung für den Bereich Wuppertal:

- Regionalniederlassung Rhein-Berg in Gummersbach, zuständig für Landes- und Bundesstraßen
- Autobahnamt Krefeld, zuständig für die Unterhaltung der A 46
- Planungs- und Baucenter Ruhr (PBC Ruhr) in Essen, zuständig für Planen und Bauen (keine Unterhaltungsdienstleistungen)

Der Historie, dass sich früher eine Niederlassung des Landesbetriebes in Wuppertal befunden hat, sei die heutige Zuständigkeit des PBC für den Lärmschutz (i. S. von Lärmsanierung) geschuldet.

Bei der Lärmsanierung - im Gegensatz zur Lärmvorsorge - handelt es sich um eine freiwillige

Leistung des Bundes. Es existiert ein mit dem Bund abgestimmtes Programm, in verschiedenen Bereichen der A 46 zwischen Sonnborn und Wuppertal-Nord noch Lärmschutzmaßnahmen durchzuführen. Die A 46 – ursprünglich als Bundesstraße konzipiert – weist bautechnisch unzureichende Merkmale auf, die nun zu erhöhtem Aufwand bei der Durchführung der Maßnahmen führen (Bsp. nicht tragfähige Untergründe der Standspuren, Entwässerungsproblematik etc.). Zuständig dafür ist die Niederlassung Krefeld. Geplant ist ein Arbeitstreffen zwischen Krefeld und Essen, mit dem Ziel der Auflistung und Koordination der abzustimmenden Maßnahmen. Diese müssen von der Geschäftsleitung mit dem Ministerium abgestimmt werden. Das Ergebnis könne dann in Absprache mit Herrn Meyer (Beigeordneter) im Ausschuss präsentiert werden.

Herr Bange spricht die Gebiete Mirker Höhe, Abfahrt Wichlinghausen, Katernberg und Boltenberg an.

Der aktive Lärmschutz Mirker Höhe ist soweit abgeschlossen. Es fehlen die lärmarmen Fahrbahnübergänge zur Brücke, damit das Klappergeräusch abgestellt wird, und der offenporige Asphaltbeton (Flüsterasphalt) von der Brücke Uellendahler Straße bis zur Anschlussstelle Barmen (im Bau). Zzt. wird der passive Lärmschutz gemäß den eingegangenen Anträgen der Hauseigentümer an den Gebäuden der Mirker Höhe durchgeführt.

Für die Abfahrt Wichlinghausen wird der Entwurf zur Lärmschutzmaßnahme voraussichtlich Ende 2010 fertig gestellt sein.

Der aktive Lärmschutz im Bereich westlich der Katernberger Straße (Otto-Hausmann-Ring) ist fertig gestellt. Im Bau befindet sich derzeit in Fahrtrichtung Dortmund die Lärmschutzwand entlang der Nüller Straße (ca. 6,30 m hoch) und in Fahrtrichtung Düsseldorf die Lärmschutzwand Damaschkeweg als Teilmaßnahme der Maßnahme Katernberger Straße, die bis zum Julius-Lucas-Weg reicht.

Zum Gebiet Boltenberg teilt er mit, dass er dazu keine Aussagen treffen kann, da es das Planfeststellungsverfahren im 5. Bauabschnitt tangiert. Seit Jahren würde jedoch Schriftverkehr mit den Anwohnern geführt und es seien auch Besprechungen erfolgt. Das Problem sei die erhöhte Lage des Boltenbergs, die durch Lärmschutzwände nicht geschützt werden könne. Eine Errichtung mind. 10-15 m hoher Wände sei bautechnisch nicht umsetzbar.

In der Prüfung befindet sich die Überlegung, ob zwischen den Anschlussstellen Varresbeck und Katernberg ebenfalls der Flüsterasphalt eingebaut wird.

Herr Wolfgang (Sprecher CDU) fragt, ob anstelle geplanter reflektierender Glaswände andere Schallschutzwände errichtet werden können.

Herr Bange bestätigt, dass in der Planungsphase absorbierende Elemente vorgesehen werden können. Am Beispiel der Uellendahler Brücke führt er aus, dass Glaswände aus städteplanerischer Sicht durchaus gewünscht sein könnten. Diese seien seinerzeit mit der Stadt Wuppertal abgestimmt worden.

Herr Dittgen (Sprecher SPD) fragt, warum es nicht möglich ist, Glaswände abzubauen und absorbierende Wände zu errichten.

Herr Lützler teilt dazu mit, dass der Bund als Geldgeber entschieden hat, die Glaswände nicht auszutauschen.

Herr Stenzel (WfW) bemängelt eine Lärmschutzlücke am Boltenberg (s. Vorlage Top 10)

Herr Bange wiederholt, dass aufgrund der Lage keine bautechnische machbare Lösung existiert.

Frau Brücher (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) weist darauf hin, dass der Bau einer Autobahn durch ein Stadtgebiet in heutiger Zeit so nicht mehr durchführbar wäre. Die A 46 stelle eine ungeheure Lärmbelästigung der Anwohner dar. Die Auswirkung von Lärm auf die Gesundheit sei allen bekannt, daher müssten Bund und Land alles unternehmen, um Lärminderung voran zu treiben. Trotz der allgemeinen Kostenfrage bestünden evtl. andere Möglichkeiten. Sie erkundigt sich, was eine Geschwindigkeitsreduzierung im Stadtgebiet auf z. B. Tempo 80 bringen würde und ob schon damals beim Austausch von Lärmschutzwänden gegen Glaswände an der Mirker Höhe bekannt gewesen sei, dass Glaswände weniger Lärmschutz erbrächten.

Herr Bange teilt dazu mit, dass für das Gebiet Mirker Höhe berechnet worden sei, dass die Erhöhung lediglich im Dezimalstellenbereich liegt. Die Temporeduzierung auf 80 km/h würde ca. 1-2 dB erbringen. Generell sei es durch die Bezirksregierung in Düsseldorf so geregelt, dass Geschwindigkeitsreduzierungen nur im Bereich von Unfallschwerpunkten vorgenommen würden. Der Ausschuss müsste an die Bezirksregierung herantreten, um ggf. eine Ausnahmeregelung zu erreichen.

Herr Lützler ergänzt, dass für Anordnungen der zulässigen Geschwindigkeit die Bezirksregierung zuständig ist. Die Lärminderung sei deutlich unter der wahrnehmbaren Grenze von 3 dB.

Herr Dittgen reklamiert, dass der passive Lärmschutz durch Nachrüsten der Häuser nur dann greift, wenn die Bewohner bei geschlossenen Fenstern im Haus bleiben. Der Lärm sei ungeheuer und es wäre eine Zumutung bei schönem Wetter auf der Terrasse zu sitzen.

Herr Bange sagt, dass dies unstrittig sei. Es bliebe nur eine Freiflächenentschädigung der Anwohner mit Geld.

Herr Dittgen schlägt vor, die betroffenen Häuser aufzukaufen und dann abzureißen.

Herr Stenzel zeigt ein Bild von einer Lärmschutzwand, die oben einen im Winkel von 90 Grad abknickt und fragt, ob diese effektiver sei.

Herr Bange bestätigt dies.

Herr Stenzel hakt nach, warum diese dann nicht eingebaut werden.

Herr Bange berichtet, dass in der Vergangenheit noch keine Erfahrungen mit der bautechnischen Umsetzung vorlagen. Nun sei man aber soweit, zukünftig diese auch einzubauen.

Herr Wolfgang fragt, warum an der Ausfahrt Wichlinghausen in Fahrtrichtung Westen eine Lärmschutzwand vorhanden sei, aber gegenüber nicht.

Herr Bange bestätigt das und erläutert dazu, dass im Raum Wichlinghausen im vergangenen Jahr ein großräumige Erhebung durchgeführt worden sei, die als Grundlage für die gesamten Lärmschutzberechnungen dienen soll und die diesbezügliche Planung für beide Fahrtrichtungen derzeit läuft.

Herr Wolfgang teilt mit, dass durch unterschiedlich raue Straßenbeläge die Fahrgeräusche im Bereiche der Abfahrt Wichlinghausen zu laut seien.

Herr Bange informiert, dass geplant sei, im Zuge der Lärmschutzplanung und -ausführung einen entsprechenden Belag aufzubringen.

Herr Lützler ergänzt, dass der offenporige Belag nach Berechnungen 5 dB Lärminderung ergeben soll. In Feldversuchen in Bayern wären noch höhere Ergebnisse erzielt worden. Bei diesem Belag verfängt sich der Schall in den Hohlräumen. Der Nachteil sei, dass er nur halb so lang halten würde, aber doppelt so teuer sei. Außerdem sei eine unter dem Belag liegende Wasser abführende Schicht einzubringen. Auf Brücken könnte der Belag nicht verwendet werden.

Aus vorgenannten Gründen würde der Bund bei der Entscheidung, ob dieser Belag aufgebracht wird, in jedem Einzelfall Kosten gegen Nutzen abwägen.

Herr Stenzel fragt nochmals, ob im Bereich Boltenberg die Errichtung von Lärmschutzwänden keine Lärminderung bringen würde.

Herr Bange bestätigt das.

Der Vorsitzende informiert die Gäste um 16.35 Uhr, dass sie die folgende Sitzungsunterbrechung von 5 Minuten nutzen können, um verbliebene Fragen direkt zu klären.

Der Vorsitzende beendet die Sitzungsunterbrechung um 16.40 Uhr.

Herr Dittgen möchte noch erfahren, ob bei 3-spurigem Ausbau nicht andere Anforderungen an den Lärmschutz zu stellen sind.

Herr Lützler teilt dazu mit, dass es sich bei Ausbau einer 2-spurigen in eine 3-spurige Autobahn um eine Lärmvorsorgemaßnahme handelt. Bei den in Wuppertal nach der Härtefallregelung durchzuführenden Lärmsanierungsmaßnahmen sind die Grenzwerte der strengeren Lärmvorsorge einzuhalten.

Herr Stenzel bemerkt die Diskrepanz, dass in der Antwort der Verwaltung (Top 10.1) die Höhe der Lärmschutzwand mit 40 m angegeben wird, im Vortrag aber von 10 – 12 m die Rede war. Außerdem sei die Frage, wann die Umstufung von B 224 auf A 535 erfolgt sei, nicht

beantwortet.

Herr Lützler informiert, dass es sich bei der Aufstufung um einen reinen Verwaltungsakt des Bundes handelt.

Der Vorsitzende beantwortet die Frage von Herrn Stenzel, dass am 01.09.2007 die Aufstufung erfolgt ist und erklärt Top 10 und 10.1 als mit erledigt.

Der Vorsitzende dankt den Herren Lützler und Bange für ihre Ausführungen.

Herr Lützler betont, dass er und sein Mitarbeiter Herr Dewes für Fragen der Bürger und Bürgerinnen zur Verfügung zu stehen.

Herr Dittgen bittet die Kontaktdaten zu Protokoll zu nehmen. Herr Lützler ist damit einverstanden.

Herr Lützler Tel. 0201/7298-201 Mail [alfred.luetzler@strassen.nrw.de](mailto:alfred.luetzler@strassen.nrw.de)

Herr Dewes Mail [uwe.dewes@strassen.nrw.de](mailto:uwe.dewes@strassen.nrw.de)

---

## **2 Müngstener Brücke** **- mdl. Bericht Herr Klöpfer -**

Herr Klöpfer (Verwaltung) stellt die Entwicklungen seit November 2009 dar und informiert über den heutigen Stand.

Im November letzten Jahres sei es zu erheblichen Irritationen hinsichtlich einer vermeintlichen Sperrung der Brücke für schwere Güterzüge gekommen. Hintergrund war eine offensichtlich im September 09 vorgenommene Überprüfung der Brücke durch DB Netz und Eisenbahnbundesamt (EBA). Nach Ausräumen der erwähnten Irritationen habe aber ab diesem Zeitpunkt bereits festgestanden, dass eine komplette statische Nachberechnung der Brücke (bis Mitte 2010) erfolgen müsse. Unabhängig hiervon wollte das EBA weitere Prüfungen vornehmen. Die DB Netz als Eigentümerin der Brücke ging bis auf Weiteres von keinen Einschränkungen für den Personen- und Güterverkehr aus.

In einem Gespräch Ende März dieses Jahres erläuterte DB Netz den Städten Remscheid und Solingen, dass die Loslager (Rollenlager) nicht mehr funktionieren würden und ausgetauscht werden müssten. Der Nachweis der Statik solle bis Herbst 2010 erfolgen, die Standsicherheit der Brücke sei aber nicht gefährdet.

Umso überraschender sei für alle Beteiligten der EBA-Bescheid vom 06.04.2010 gewesen. Mit ihm verbunden waren eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf maximal 10 km/h, das Verbot von Begegnungsverkehr, eine gewichtsmäßige Beschränkung auf die im Personenverkehr (RB47) eingesetzten Triebwagen (VT628) und eine Frist zum Nachweis der Statik bis zum 30.09.2010. Insofern habe es zu diesem Zeitpunkt erhebliche Sorgen, die Zukunft der Brücke betreffend, gegeben.

Entscheidend sei nun aber das Schreiben von Herrn Dr. Grube, Vorstandsvorsitzender der DB AG, an Frau MdL Löhrmann vom 12.05.2010. In diesem habe die DB nochmals die Vorlage der Statikberechnungen bis Ende September 2010 zugesichert. Darüber hinaus solle die Brücke abschnittsweise über einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren saniert werden, entsprechende Mittel seien hierfür eingestellt. Die Brücke würde einen Korrosionsschutz erhalten und geschwächte Bauteile erneuert werden.

Abschließend informiert Herr Klöpfer über ein am 14.07.2010 geplantes Gespräch, in dem die DB Netz Vertretern der Bergischen Städte den aktuellen Sachstand darlegen wolle.

Der Vorsitzende dankt für den Bericht.

---

## **3 Baustellensituation** **- mdl. Bericht Herr Lorenz -**

Herr Lorenz (Verwaltung) berichtet von abgeschlossenen Maßnahmen (Teilstück

Hahnerberger Straße) und neuen Maßnahmen ( technische Aufrüstung Tunnel Hahnerberg s. Top 16.4). Aktuell gäbe es keine größeren Probleme.

Herr Stenzel (WfW) möchte wissen, wann die Maßnahme Varresbecker Straße abgeschlossen wird.

Herr Lorenz teilt mit, dass die Stadtwerke kurz vor Beendigung der Maßnahme stehen und rechnet damit gegen Ende des Monats Juni 10.

Frau Liebert (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) fragt nach Verzögerungen bei der Baustelle Schlucht/Schlossstraße.

Herr Lorenz rechnet Mitte Juli 10 mit Beendigung der Maßnahme der Stadtwerke.

Herr Hoffmann-Gaubig (ADFC) erkundigt sich nach einer noch in Vorbereitung befindlichen Maßnahme an der Kaiser Straße / Bruch Richtung Vohwinkel und den geplanten Ausweichmöglichkeiten für den Radverkehr ähnlich wie Stütze 100.

Herr Lorenz teilt mit, dass es sich dabei um eine Kanalbaumaßnahme der WSW handelt. Der Radverkehr kann in Richtung Vohwinkel im fließenden Verkehr mitfahren und wird in Gegenrichtung ab Grotenbecker Straße umgeleitet.

Der Vorsitzende erinnert zum Ablauf des Verfahrens daran, dass vereinbart wurde, anhand der auf der Internetseite der Stadt Wuppertal veröffentlichten Übersicht der Baumaßnahmen von Herrn Lorenz zu jeder Sitzung berichten zu lassen. Die Maßnahmen, die dort nicht erfasst seien, weil ihre Planung noch nicht abgeschlossen ist, könnten nicht ohne Vorbereitung der Verwaltung abgefordert werden. Er bittet, solche Fragen vorher anzumelden.

Herr Wolfgang (CDU) fragt, um welche Art von Tiefbauarbeiten es sich bei der Baustelle Jägerhaus an der L 58 (ehemals B 51) handelt.

**Antwort zu Protokoll:**

Die WSW führen von Jägerhaus 83 bis Linde 21 eine neue Stromversorgung durch. Voraussichtlicher Fertigstellungstermin soll der 23.07.10 sein.

Der Vorsitzende dankt Herrn Lorenz für die präzise Vorbereitung.

---

**4 Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010-2014 - Teil II**  
**Vorlage: VO/0463/10**

**Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 23.06.2010:**

Die Vorlage wird ohne Aussprache zur Beschlussfassung auf die Sitzung des Rates verwiesen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit

---

**5 Satzung über die Abweichung von den Merkmalen der endgültigen Herstellung für die Märkische Straße - Abweichungssatzung Märkische Straße**  
**Vorlage: VO/0266/10**

**Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 23.06.2010:**

**Der Ausschuss für Verkehr empfiehlt dem Rat der Stadt gemäß Beschlussvorlage zu entscheiden:**

Der Rat der Stadt beschließt die Satzung über die Abweichung von den Merkmalen der endgültigen Herstellung der Märkischen Straße zwischen der Einmündung Stahlsberg und der Kreisverkehrsanlage gemäß dem beigefügten Entwurf.

Die Empfehlung erfolgte ohne weitere Aussprache.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit

---

**6 Instandsetzung der Bembergbrücke, Erneuerung der Lager  
Vorlage: VO/0448/10**

**Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 23.06.2010:**

Die Instandsetzung der Bembergbrücke wird zu geschätzten Gesamtbaukosten in Höhe von 350.000,00 € beschlossen.

Der Beschluss erfolgte ohne weitere Aussprache vorbehaltlich der zustimmenden Empfehlung durch die BV Elberfeld am 07.07.10.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit

---

**7 Bewohnerparken an der Friedrich-Ebert-Straße und Vogelsaue  
Vorlage: VO/0319/10**

**Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 23.06.2010:**

Die Bewohnerparkzonen „Z“ an der Friedrich-Ebert-Straße und die Zone „AB“ an der Vogelsaue werden reduziert und zusammengelegt.

Die Beschlussfassung erfolgte ohne Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit

---

**8 Große Anfrage der FDP zum Einsatz von Parkkrallen  
Vorlage: VO/0528/10**

**Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 23.06.2010:**

Die Große Anfrage der FDP wird zuständigkeitshalber verwiesen an den Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung und gemeinsamer Betriebsausschuss APH/KIJU.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit

---

**9 Große Anfrage der FDP zum Thema L418/L419  
Vorlage: VO/0529/10**

Die Große Anfrage der FDP wird ohne Beschluss entgegen genommen.

**Antwort der Verwaltung zu Protokoll:**

Der Landesbetrieb Strassen NRW hat auf Nachfrage mitgeteilt, dass auf dem Teilstück Tunnel Burgholz und Freudenberg jeweils die rechten Fahrspuren der L 418 wegen Fahrbahnunebenheiten und mangelnder Griffigkeit abgefräst und somit aufgeraut wurden. Weitere Arbeiten für diesen Abschnitt sind derzeit nicht vorgesehen. Lediglich der Tunnel Hahnerberg wird mit dem "Nachrüstprogramm für Tunnelanlagen des Landes" auf den neuesten Stand der Technik gebracht (s. Top 16.4).

---

**10 Mitteilung der Verwaltung über ihre Kenntnisse über den Ausbau der A 46  
- Große Anfrage der WfW-Fraktion vom 01.06.2010 -  
Vorlage: VO/0487/10**

Die Große Anfrage der WfW-Fraktion wird ohne Beschluss entgegen genommen (mit Top 1 behandelt).

---

**10. Antwort der Verwaltung auf die Große Anfrage der Wählergemeinschaft für Wuppertal  
1 vom 01.06.2010 - Ausbau A 46 Lärmschutz  
Vorlage: VO/0487/10/1-A**

Die Antwort der Verwaltung wird ohne Beschluss entgegen genommen (mit Top 1 behandelt).

---

**11 Elektromobilität - Große Anfrage FDP  
- verteilt als Tischvorlage in der Sitzung am 28.04.10 -  
Vorlage: VO/0894/09**

Herr Jacob (FDP) begründet den frühen Zeitpunkt der Anfrage mit dem Wunsch seiner Fraktion, dass die Stadt Wuppertal vorbereitet sein soll, wenn dieses Thema aktuell wird. Es sollen z. B. Ladestationen vorhanden sein, die Strom aus erneuerbaren Energien liefern. Herr Dittgen (SPD) ist der Ansicht, dass dieses Thema nicht im Ausschuss für Verkehr behandelt werden muss, da keine verkehrlichen Auswirkungen zu erwarten seien. Frau Brücher (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) widerspricht und führt an, dass vermehrt Elektrofahrräder in Betrieb seien und dies zur Verminderung des Autoverkehrs führen könne. Herr Hoffmann-Gaubig (ADFC) schließt sich den Ausführungen an und ergänzt den geringeren Energieverbrauch eines solchen Fahrrades im Vergleich zu einem elektrisch betriebenen Auto. Außerdem sei ein Elektromotor leise und somit ein Beitrag zum aktiven Lärmschutz.

Die Große Anfrage der FDP wird ohne Beschluss entgegen genommen.

---

**11. Elektromobilität - Antwort der Verwaltung  
1 - verteilt als Tischvorlage in der Sitzung am 28.04.10 -  
Vorlage: VO/0894/09/1-A**

Die Antwort der Verwaltung wird ohne Beschluss entgegen genommen.

---

**12 Aufheben der amtlichen Lagebezeichnung Vorm Holz**  
**Vorlage: VO/0153/10**

Die bisherige amtliche Lagebezeichnung

**Vorm Holz**

wird aufgehoben und entfällt.

Die Aufhebung wird ohne Beschluss entgegen genommen; es erfolgten keine Wortmeldungen.

---

**13 Benennung der Erschließungsstraße im Bereich zwischen Vogelsangstraße und Wilhelm-Raabe-Weg**  
**Vorlage: VO/0386/10**

Die Erschließungsstraße im Bereich zwischen Vogelsangstraße und Wilhelm-Raabe-Weg – B-Plan 1132 – wird benannt und erhält den Namen

**Am Mirker Hain**

Die Straßenbenennung wird ohne Beschluss entgegen genommen. Es erfolgten keine Wortmeldungen.

---

**14 Umbenennung des nördlichen Teilstücks der Straße Heidter Berg zwischen der Straße Höhne/Berliner Straße (B 7) und der Eisenbahn**  
**Vorlage: VO/0388/10**

Das nördliche Teilstück der Straße Heidter Berg zwischen Höhne / Berliner Straße (B 7) und der Eisenbahn wird umbenannt und erhält den Namen

**Zur Werther Brücke**

Die Straßenumbenennung wird ohne Beschluss entgegen genommen. Es erfolgten keine Wortmeldungen.

---

**15 Reisebushaltestelle im Bereich des Barmer Bahnhofes**  
**Vorlage: VO/0550/10**

Frau Reichl (Verwaltung) fasst die Begründung der Vorlage zusammen, dass im Rahmen der vom Rat der Stadt beschlossenen Umgestaltung des Platzes vor dem Barmer Bahnhof weder in der Umbauphase noch im endgültigen Ausbau Platz für eine Reisebushaltestelle besteht.

Daher sei diese Vorlage keine Beschlussvorlage sondern eine Informationsdrucksache.

Herr Wolfgang (CDU) hält die vorgeschlagene Stelle in Oberbarmen für ungeeignet und schlägt alternativ die Örtlichkeit an der Abzweigung von der Friedrich-Engels-Allee zur Adlerbrücke vor. Er bittet die Verwaltung den Standort zu prüfen.

Herr Jacob (FDP) fragt , über wie viele Reisebushaltestellen Wuppertal verfügt.

Frau Reichl benennt vier : Elberfeld-Döppersberg, Barmer Bahnhof, Oberbarmen B7 Richtung Raentaler Bergstraße und Vohwinkel am Busbahnhof auf der Talachse. Sie bestätigt die Nachfrage, dass künftig eine Haltestelle weniger existiert.

Herr Wolfgang ergänzt, dass in Oberbarmen die Beladung der Busse an der Straßenseite sehr gefährlich sei, während an der Adlerbrücke eine geschützte Lage vorläge.

Herr Gehrenbeck (SPD) pflichtet den Ausführungen Herrn Wolffgangs bei und bestätigt aus seiner beruflichen Erfahrung, dass die Reisebushaltestelle für die Sicherheit der Fahrgäste

und Busfahrer sehr unglücklich gewählt sei. Die Anbindung an den ÖPNV sei in Oberbarmen optimal, Parkplätze seien auch vorhanden. Der vor dem Bahnhof Oberbarmen befindliche Busbahnhof sei bereits jetzt schon zu eng und deshalb nicht in der Lage, eine Reisebus-haltestelle aufzunehmen. Daher schlägt er als alternativen Standort die Busspur direkt am Schöneberger Ufer vor.

Der Vorsitzende stellt klar, dass es sich um Fernreisebusse handelt, deren Bedeutung als Langstreckenverkehrsmittel innerhalb Europas in den nächsten Jahren weiter steigen soll (Greyhound-System). Er wünscht, dass die Wege für die Reisenden kurz gehalten werden und die Stadt Wuppertal einen positiven Eindruck hinterlässt.

Herr Hoffmann-Gaubig (ADFC) spricht in seiner Funktion als Sprecher der alternativen Verbände, hier für Pro Bahn, die Verlagerung der Haltestelle am Döppersberg zum Neunteich an. Sie sei ebenso wie Vohwinkel weit weg vom Bahnhof. Zusammen mit dem Wegfall der Haltestelle Barmer Bahnhof sei die Lage für die Reisenden unzureichend.

Herr Beig. Meyer äußert Verständnis für die vorgebrachten Sicherheitsbelange und nimmt die vorgebrachten Alternativstandorte zur Prüfung durch die Verwaltung mit. Ziel sei die größtmögliche Verknüpfung aller Verkehrsmittel.

Frau Reichl ergänzt, dass die sog. lizenzierten Linienbusse der Genehmigung durch die Bezirksregierung Düsseldorf bedürfen. Diese ist darüber informiert, dass während der Bauphase im Rahmen der Umgestaltung des Barmer Bahnhofes, diese Haltestelle ab 01.07.10 nicht mehr in Betrieb ist.

Der Vorsitzende bittet in diesem Zusammenhang um frühzeitigere Einbindung der Gremien.

Der Bericht der Verwaltung wird ohne Beschluss entgegen genommen.

---

## **16 Verschiedenes**

---

### **16. Antwort der Verwaltung zur Anfrage der Taxizentrale**

#### **1 - Schreiben Ressort 104.1 -**

Der Ausschuss hat sich abschließend mit dieser Thematik befasst.

Die Antwort der Verwaltung zum Befahren der Fußgängerzonen wird ohne Beschluss entgegen genommen.

---

### **16. ICE-Linie 10**

#### **2 - gemeinschaftl. Schreiben an Deutsche Bahn AG -**

Herr Beig. Meyer teilt mit, dass zwischenzeitlich eine Antwort der Deutschen Bahn AG auf das gemeinsame Schreiben der Städte vom 26.05.10 vorliegt.

Erwartungsgemäß sähe die Bahn keine Möglichkeit, bei der bisherigen Regelung zu bleiben. Die Antwort sei nicht zufrieden stellend. Er erinnert an eine Baumaßnahme, bei der ebenfalls nicht die Wupperstrecke, sondern die Rhein-Ruhr-Strecke bedient wurde. Da wäre es immerhin so gewesen, dass ein IC-Shuttle von Köln über evtl. Solingen nach Wuppertal über Hagen Hamm angedient hätte. So wäre es möglich gewesen, dort den IC- Anschluss zu bekommen. Warum das dieses Mal nicht möglich sei, entzöge sich seiner Kenntnis. Es müsse überlegt werden, ob man sich mit dieser Antwort zufrieden geben möchte.

Der Vorsitzende bittet, die Antwort dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen und zu Protokoll zu nehmen. Er empfiehlt, dass noch einmal nachgefasst werden solle, da es sich um eine starke Einschränkung handelt.

Die Antwort der Deutschen Bahn AG vom 14.06.2010 wird zu Protokoll genommen.

---

## **16. Niederschrift über die Sitzung der Unfallkommission vom 21.04.2010**

3

Herr Bieringer (CDU) erinnert an den Beschluss des Rates, die Starenkästen abzubauen und nur noch die an Schulen, Kindergärten und Unfallhäufungsstellen bestehen zu lassen. Er zitiert dazu die aus der Niederschrift der Unfallkommission (UK), Teil V, zur Ronsdorfer Straße zu entnehmenden Bitte der Verwaltung um Prüfung, ob wieder eine stationäre Anlage errichtet werden kann.

Er wünscht eine Mitteilung der Verwaltung über genaue Unfallzahlen, da diese nur zu diesem Top in dem Bericht der UK fehlen.

Herr Gehrenbeck (SPD) erweitert diese Bitte um detaillierte Angaben zu den Unfallursachen wie überhöhte Geschwindigkeit, Aquaplaning oder sonstige Gründe und bittet um Antwort zu Protokoll.

Frau Süther (Verwaltung), Teilnehmerin der Unfallkommission, erklärt, dass die Verkehrssicherheit immer das oberste Ziel sei. An der Ronsdorfer Straße passieren Schleuderunfälle aufgrund überhöhter Geschwindigkeit. Ein Starenkasten, der 24 Std. in Betrieb sei, könne daher schon in diesem Bereich zur Geschwindigkeitsreduzierung beitragen. Herr Bieringer insistiert, dass es trotzdem den o. g. Ratsbeschluss gibt. Man könne ja auch einen Dummy-Wagen auf die für die mobile Geschwindigkeitsüberwachung vorgesehene Stelle setzen.

Frau Liebert (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) führt aus, dass der Standort des Starenkastens seinerzeit politisch gewählt und auch wieder gestrichen worden sei. Sie erinnert daran, dass die Anregungen der Unfallkommission im Ausschuss für Verkehr bislang in guter Tradition angenommen und umgesetzt wurden.

Der Vorsitzende bestätigt diese Tradition, stellt jedoch klar, dass Herrn Bieringers Frage auf das Verfahren abzielt und deshalb nicht weiter in die Sachdiskussion eingestiegen wird.

Die Niederschrift über die Sitzung der Unfallkommission wird entgegen genommen und die Verwaltung beauftragt, die vorgenannten Fragen schriftlich zu Protokoll zu geben.

---

## **16. Information L 419 Tunnel Burgholz und Hahnerberg**

4

Herr Lorenz (Verwaltung) erläutert die in der vorgelegten Information zusammen gefassten Maßnahmen und deren Ablauf. Die Arbeiten sind notwendig, damit die Tunnel an die Tunnelzentrale angeschlossen werden können.

Herr Herhausen (CDU) fragt, was damit bezweckt werden soll. Der Tunnel Hahnerberg sei so kurz und die Maßnahmen würden aus Steuergeldern bezahlt in einer Zeit, in der Wuppertal nicht wisse, wie sie die Straßenunterhaltung betreiben solle.

Frau Reichl (Verwaltung) teilt dazu mit, dass es eine europäische Tunnelrichtlinie gibt, wonach definiert ist, dass es sich ab 80 m Überbauung um einen Tunnel handelt. Die Richtlinie ist umgesetzt worden in nationales Recht, wonach das Land NRW ein Programm aufgelegt hat, das die Sicherheit von Tunneln erhöhen soll.

Herr Herhausen empfindet es beim Tunnel Hahnerberg trotzdem als Geldverschwendung. Herr Dittgen (SPD) fragt, ob auch bei Galerien mit diesen Maßnahmen gerechnet werden muss.

Frau Reichl kann die Rechtslage dazu nicht mitteilen und gibt die Antwort zu Protokoll.

Die Mitteilung der Verwaltung zu den von Straßen NRW vorgesehenen Nachrüstungen der Tunnel Burgholz und Hahnerberg wird ohne Beschluss entgegen genommen.